

Keine Alternative zur Konjunkturspritze

Stadtverordnetenversammlung beschließt zusätzliche Fördermaßnahmen für Schulen in Höhe von rund 20 Millionen

Hanau (ju). „Es gibt keine Alternative“ – die Botschaft von Oberbürgermeister **Claus Kaminsky** bei der gestrigen Stadtverordnetenversammlung war klar und deutlich. Alle Fraktionen sprachen sich dafür aus, sich den Konjunkturfördermaßnahmen zu öffnen, mit denen der Bund der Wirtschafts- und Finanzkrise begegnen will. Rund 20 Millionen Euro wird die Stadt erhalten, die in Schulbauten mit einem Schwerpunkt Energieeffizienz fließen sollen.

Wie Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold deutlich machte, verdoppeln sich durch die aus dem Konjunkturpaket kommenden Gelder die städtischen Investitionen. Statt wie bislang 20 Millionen Euro (mit Zweckverband) würden nun 40 Millionen aufgewendet. Die außerplanmäßig bereit gestellten Mittel sollen laut Piesold der Beschaffung von Schulraum für Karl-Rehbein- und Otto-Hahn-Schule dienen. Sanie-

rungsmaßnahmen würden eingeleitet, das Programm zur Aufwertung der Förderschulen an einem neuen Standort werde vorangetrieben, die naturwissenschaftlichen Räume an der Otto-Hahn-Schule, die für 2011/2012 geplant waren, würden dank dem Paket nach vorne gezogen. Ein Drittel des gesamten Maßnahmenkataloges würde auf die Energieeffizienz entfallen, die vorrangig behandelt werden soll. Die Mittel, so Piesold weiter, würden gleichmäßig auf alle Schulformen verteilt, Otto-Hahn, Karl-Rehbein- und die Förderschulen gälten als Schwerpunkte. Allerdings ist Eile geboten. Bis 28. Februar müssen die Anträge gestellt sein. Abgewickelt und abgerechnet sein müssten die Projekte bis 2010. Angesichts der ohnehin ambitionierten Investitionen, die die Stadt im Schulsektor geplant hatte, sei dies ein ehrgeiziges Unterfangen.

OB Kaminsky schloss seine Ausführungen mit den Worten „Wir machen da mit“, doch

nicht ohne darauf hinzuweisen, dass der Weg des Schuldenabbaus verlassen werde. Ob der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg Erfolg zeitige, wisse niemand. Da fünf Sechstel der Mittel vom Land und ein Sechstel von den Kommunen aufgebracht werden müssten, und die Tilgungen über den Kommunalen Finanzausgleich erfolgten, finde eine kräftige Belastung des Stadtsäckels statt, hatte Piesold erläutert. Als Hinweis an die Aufsichtsbehörde wollte der OB den Wink verstanden wissen, dass er nicht in zwei Jahren wegen der Haushaltszahlen mit besonderen Auflagen rechnen wolle.

Außerdem betonte Kaminsky, dass nach den jetzt durch das Paket vorgezogenen Investitionen die Jahre 2011 und 2012 dem Schuldenabbau gewidmet werden müssten. Dass die Stadt das Jahr 2008 mit einem Überschuss von rund fünf Millionen Euro abgeschlossen habe und seine Schuldenlast langfristig sogar um acht bis neun Mil-

lionen mindern würde, daran hätte er sich gern länger gefreut.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Franz Ott riet, die Unterhaltungs- und Folgekosten der getätigten Investitionen gut im Auge zu behalten. Wulf Hilbig, Fraktionschef der Grünen wünschte sich, der Anteil der zusätzlichen Investitionen solle zu mehr als nur einem Drittel energetischen Maßnahmen zu Gute kommen, weil diese besonders nachhaltig seien.

Auch Roland Battenhausen (SPD), Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, befand die geplanten Konjunkturfördermaßnahmen für zeitgemäß und in Ordnung. Täglich könne jeder in der Zeitung lesen, wie sich die Krise auf die Arbeitsplätze auswirke. In Anbetracht des dicken Brockens an zusätzlichen Investitionen müsse diese Maßnahme jedoch, begleitend in den Ausschuss überwiesen und dort intensiv behandelt und beraten werden. „Die Maßnahme ist zwingend, die Zeit drängt.“